

25. MAI 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/KK/97

Bonn, den 21. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Saar und das Niedersachsen-Konkordat</u> Von Friedrich Regitz, MdL Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD im Saarland	45
2	<u>Eine weiß-blaue CDU ?</u> Es kriselt weiter in der Strauß-Partei	51
3 - 4	<u>Hessen leistet verbildliche Entwicklungshilfe</u> Ein geglücktes Experiment	63
4	<u>Pankovs Unbehagen über bewegliche Bonner Ostpolitik</u> Ungereimtheiten des stellv. Zonenaußenministers Winzer	29
5	<u>Fortschritte in der Zypernfrage ?</u> Die griechisch-türkische Annäherung während der NATO-Tagung in London Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	51

* * *

Die Saar und das Niedersachsen-Konkordat

Von Friedrich Hegitz, MdL,

Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD im Saarland.

Im Saarland hat man den schul- und kulturpolitischen Auseinandersetzungen, die sich im Lande Niedersachsen um das Konkordat zwischen dem Vatikan und der Landesregierung entwickelt hatten, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hatte doch der saarländische Landtag kurz zuvor eine Verfassungsänderung beschlossen, durch die an der Saar auch christliche Gemeinschaftsschulen neben den bisher bestehenden Konfessionsschulen gegründet werden können, wenn das von den Eltern von mindestens 50 schulpflichtigen Kindern in einem Ort gewünscht wird. Ausserdem entfiel bei der Verfassungsänderung die bisherige Bestimmung, dass auch die einklassige Volksschule einen geordneten Schulbetrieb gewährleisten sollte.

Das Schulordnungsgesetz, das im Anschluss an die Verfassungsänderung beraten und beschlossen wurde, muss gegenüber dem bisher herrschenden Zustand als fortschrittliches Gesetz bezeichnet werden, obwohl seine Bestimmungen weit hinter dem zurückbleiben, was in Niedersachsen durch Konkordat und Novelle zum Schulgesetz vereinbart und bestimmt wurde. Für die Sozialdemokraten in überwiegend katholischen Ländern der Bundesrepublik - also auch an der Saar - sind die in Niedersachsen von den Katholiken gemachten Zugeständnisse von größter Bedeutung. An der Saar ist noch einiges zu tun, bis ähnliche Verhältnisse geschaffen werden können.

Was in Niedersachsen vereinbart wurde und wogegen manche Versuchten, Sturm zu laufen, stellt sich im Saarland als die konsequente Anwendung der Beschlüsse dar, die bei der Verabschiedung der bildungspolitischen Leitsätze von den höchsten Beschlussgremien der SPD gefasst worden sind.

In der Diskussion um die fortschrittliche Gestaltung des Schulwesens an der Saar war von der CDU immer wieder darauf verwiesen worden, dass in sozialdemokratisch regierten Ländern die Anhänger der Konfessionsschule in gleicher oder schlechterer Lage seien, als an der Saar die Befürworter der Gemeinschaftsschule.

Auch die Sozialdemokraten im Saarland hätten die gemeinsame Erziehung der Kinder in der Volksschule für die bestmögliche Erziehungsform. Sie sind aber dankbar dafür, dass sie auf den in Niedersachsen praktizierten Geist der Toleranz und der Anerkennung weltanschaulicher Bindungen auf dem Gebiet der Schulpolitik verweisen können.

Im Vordergrund der Betrachtungen muss selbstverständlich bei allen Lösungen des Schulproblems die Gewissheit stehen, dass durch die Respektierung des Elternwillens die Qualität der Schulbildung nicht vermindert wird und dass gegliederte Schulsysteme nicht zerstört werden. Wer aber glaubt, Kinder, die die Konfessionsschule besuchen, könnten später ihre politische Heimat nicht bei der Sozialdemokratie finden, befindet sich im Irrtum. Wie wäre sonst wohl der ständige Aufstieg der SPD in jenen Ländern zu erklären, in denen Konfessionsschule die Regelschule ist.

Eine weiss-blaue CDU ?

Es kriselt weiter in der Strauss-Partei

R - München

Auf dem CSU-Parteitag konnte Strauß seine Stellung noch einmal behaupten. Der Krach mit Dollinger, der nur mühsam aus der Welt geschafft wurde, trug zur Stärkung von Strauß gewiss nicht bei. Die "staatsmännischen" Eskapaden, über die er schliesslich gestolpert ist, wurden nun auch von dem höchsten deutschen Gericht als unangemessene Übergriffe gewertet. All das und noch manch anderes, haben die Stellung des CSU-Vorsitzenden längst erschüttert. Stünden keine Wahlen bevor, hätten sicher die solideren Kräfte der CSU ihn von seinem Parteiamt abgelöst.

Aber auch ohne dies geht ein Riss durch die CSU. In den Reihen dieser Unionspartei sind die inneren Klärungen zwischen konservativen und liberalen, zwischen katholischen und evangelischen Kräften noch längst nicht erfolgt. Die Lage kompliziert sich, weil die Meinungen quer durch die Bekenntnisse gehen. Katholisch ist nicht gleich konservativ, evangelisch nicht gleich liberal zu setzen. Gewiss gibt es Gebiete, wo sich politische und konfessionelle Vorstellungen decken. Das Paradoxe ist aber, dass die fehlende Übereinstimmung der Bekenntnisse eine Sprengung der CSU zugleich verhindert hat. Liberale Katholiken fanden sich mit liberalen evangelischen Christen. Eine Neugründung durch die CDU im bayerischen Raum hätte aber eine eindeutige Konfessionalisierung der CSU zur Folge. Diese Kräfte sind jedoch daran interessiert, eine gemeinsame Partei als Klammer weiter zu besitzen.

In letzter Zeit untersuchten mehrere Zeitungen - keine sozialdemokratischen - diese Spannungsfelder der CSU. Das "Handelsblatt" vom 10. Mai wusste in einem instruktiven Artikel zu berichten, wie tief die Differenzen in der CSU gehen. "Christ und Welt" vom 14. Mai 1965 untersuchte ebenfalls diese CSU-Differenzen und kam zu interessanten Erkenntnissen. Die Zeitungen registrierten: im bayerischen Raum finden sich immer wieder Kräfte innerhalb der CSU, die eine Parteigründung der CDU anstreben. Vor allem sind im evangelisch-fränkischen Gebiet Bestrebungen festzustellen, die schon mehrfach auf eine CDU-Gründung hingewirkt haben. Sogar Geldgeber fanden sich bereit, dieses Experiment zu honorieren. Allerdings zunächst ohne sichtbaren Erfolg.

Die Parteiführung der CSU muss naturgemäss mit allen Mitteln eine weiss-blaue CDU-Gründung verhindern. Entsprechend wird der Druck auf Bonn sein, denn es ist nicht denkbar, dass CDU und CSU dann weiterhin in einer Fraktionsgemeinschaft zusammenarbeiten könnten. Die Bonner CDU-Zentrale weiss darum und kann die Folgen eines solchen Schrittes abschätzen; folglich muss sie auch ihrerseits alles einsetzen, um eine solche Gründung Wirklichkeit werden zu lassen. Alle Vorstösse, die in dieser Richtung bisher erfolgt sind, stieszen auf den Widerstand der CDU-Führung.

Obwohl also eine CDU-Gründung in Bayern zur Zeit nicht erfolgen kann, wirken doch die Spannungen innerhalb der CSU weiter und dürften auch dann nicht abklingen, wenn der "Prozesshansel" aus der CSU-Führung verschwunden sein wird.

+ + +

- 3 -

Hessen leistet vorbildliche Entwicklungshilfe

Ein geglücktes Experiment

Die Entwicklungshilfe ist seit langem wesentlicher Teil der Welt-politik. Entwicklungshilfe ist in weltweitem Massstab Sozialpolitik, der sich ein Industrieland nicht entziehen kann. Wenn in den afrika-nischen Entwicklungsländern Staatsmänner, Wirtschaftler, Techniker, Un-ternehmer und auch Missionare über die bundesdeutsche Entwicklungshil-fe sprechen, dann wird in diesem Zusammenhang mit dankbarer Anerken-nung immer wieder das Land Hessen zitiert. Das hat seinen besonderen Grund.

Die Hessische Landesregierung, die im Einvernehmen mit dem Bonner Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusam-menarbeit seit Jahren eigene Entwicklungshilfe fördert, kann heute dar-rauf verweisen, ein geglücktes Experiment vollbracht zu haben. Dieses Experiment, das inzwischen zu einer ausbaufähigen festen Basis gewor-den ist, sieht so aus: Die Hessische Landesregierung leistet prakti-sche Entwicklungshilfe, es gibt also nur Sachleistungen. Ausserdem ge-währt sie Bildungs- und Ausbildungsbeihilfen (Stipendien) für afrika-nische Praktikanten industrieller und handwerklicher Berufe, für In-genieur- und Fachschüler, Staatsbauschüler und Studenten. Etwa 350 Stipendiaten befinden sich zur Zeit in Hessen zur Ausbildung.

Die hessische Entwicklungshilfe, von der afrikanische Staatsmän-ner sagen, sie sei schnell und unbürokratisch, ist mit wenigen Sätzen zu erläutern: Jede von den afrikanischen Staatsmännern direkt an die Landesregierung gerichtete Bitte wird nicht nur in Wiesbaden, sondern auch durch die Botschaften geprüft. Mit Einvernehmen der zuständigen Bundesressorts schickt die Landesregierung von ihr finanzierte Medika-mente, Krankenwagen, Stromversorgungsanlagen für die Gemeinden und Krankenhäuser, Traktoren, Einachsschlepper, Düngemittel und vieles an-dere in die Entwicklungsländer. Besonders fördert Hessen die Urbarma-chung und Bewässerung des Geländes um den Bamsee in Obervolta. In Tan-ganjika wurde der Bau einer Wasserleitung für ein Krankenhaus und der Ausbau einer Volksschule gefördert. In einer Gemeinschaftsaktion haben einige Bundesländer unter Federführung Hessens Werkzeuge und Baumaschi-nen der National Housing Corporation in Tanganjika zur Beseitigung der Slums in Daressalam und Errichtung von 5000 menschenwürdigen Häusern zur Verfügung gestellt.

Im März dieses Jahres führte Hessen, seine pharmazeutische Indu-strie gemeinsam mit dem Bund, eine Impfkaktion zur Bekämpfung der Kin-derlähmung in Obervolta durch. Staatspräsident Yamego hatte im Okto-ber 1964 bei seinem Besuch bei dem Hessischen Ministerpräsidenten Dr. Georg-August Zinn auf die schrecklichen Ausmasse dieser Epidemie hin-gewiesen.

Zieht man die Summe von Überlegungen und praktischer Hilfe, so kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass die von Hessen gesteu-erte Entwicklungshilfe auch dem Lande Vorteile bringt. Schliesslich konn-te der Export der hessischen Wirtschaft nach Afrika vom ersten Halbjahr 1963 bis zum ersten Halbjahr 1964 um fast 40 Prozent gesteigert werden. Mehr und mehr kommen aus den Entwicklungsländern Bestellungen für Er-zeugnisse, die von den afrikanischen Abnehmern bezahlt werden. In die von Hessen geleistete Entwicklungshilfe ist auch die tätige Mitarbeit

der Wirtschaft, der Industrie, des Handwerks und des Bankwesens einbezogen.

Diese Hand-in-Hand-Arbeit wird von afrikanischen Staatsmännern immer wieder mit Dankbarkeit dokumentiert. Viele amtliche und persönliche Schreiben beweisen das. Aber auch die Bundesressorts begrüßen die Kontakte der Hessischen Landesregierung zu afrikanischen Regierungen. Bereits im September 1962 schrieb der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: "... Das Auswärtige Amt begrüßt es, dass Mitglieder der Hessischen Landesregierung zu Persönlichkeiten aus afrikanischen Ländern freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Diese Bemühungen werden dem deutschen Anliegen in diesen Ländern sicher zugute kommen."

Damit ist auch die hin und wieder zu hörende Frage beantwortet, ob und inwieweit es sinnvoll ist, dass sich auch Bundesländer in einzelne Entwicklungsprojekte einschalten, obschon natürlich die Hilfe für Übersee in erster Linie eine Sache des Bundes ist und auch bleiben wird.

+ + *

Pankows Unbehagen über bewegliche Bonner Ostpolitik

Ungereintheiten des stellv. Zonenaußenministers Winzer

sp - Mit wachsendem Unbehagen beobachtet man in Pankow jede Verbesserung der Beziehungen zwischen einigen osteuropäischen Staaten und der Bundesrepublik. Der stellvertretende Zonenaußenminister Otto Winzer, hat jetzt eine unmißverständliche Warnung an die Regierungen in Prag, Warschau und Bukarest ausgesprochen. Er unterstellt in einem Artikel des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland" der Bundesregierung, sie wolle durch die Steigerung wirtschaftlicher Aktivitäten einige Ostblockstaaten "gewissermaßen" vom sozialistischen Lager abspalten. Daß die Bundesrepublik bei dieser Gelegenheit auch finstere "Revanchepläne" verfolgt, versteht sich von selbst. Dieser Artikel Winzers wäre nicht weiter beachtlich, wenn in ihm nicht auch Angriffe gegen "führende westdeutsche Konzernvertreter" enthalten wären. Die Angriffe richten sich vornehmlich an die Adresse des Krupp-Bevollmächtigten, Beitz, dessen Name zwar nicht genannt wird, dessen Aktivität aber besonders in Polen und Rumänien von den Machthabern in Pankow schon seit längerer Zeit mit Unbehagen betrachtet wird. Allerdings scheint Winzer nicht darüber unterrichtet zu sein, daß sich andere Stellen des Pankover Regimes gleichzeitig ebenfalls um Kontakte zu Beitz bemühen. In gut unterrichteten Kreisen Ostberlins nimmt man daher an, daß der Artikel Winzers in "Neues Deutschland" der Ausdruck eines Richtungskampfes unter den Zonemachthabern ist. Einerseits - so während der letzten Leipziger Messe - machen die Funktionäre Pankows die erdenklichsten Anstrengungen, um auch Kontakt zu westdeutschen Firmen zu bekommen, andererseits wird es ihnen ungemütlich, wenn sie beobachten müssen, daß diese Kontakte zu einer Verbesserung der Atmosphäre im Ost-West-Verhältnis führt. Man darf also gespannt sein, wie sich diese offensichtliche Zweigleisigkeit demnächst in der praktischen Politik Pankows gegenüber den anderen kommunistisch regierten Ländern Osteuropas auswirken wird.

+ + *

- 5 -

Fortschritte in der Zypernfrage ?

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die kürzliche NATO-Tagung in London nahmen der griechische und der türkische Außenminister zum Anlaß, erstmals wieder seit längerer Zeit zu einem Gespräch zusammenzutreffen. Diese Unterredung wurde im Kommuniqué im Anschluß an die Tagung mit Genugtuung mitgeteilt. Es wurde der Wunsch geäußert, weiterhin derartige Zusammenkünfte zwischen Vertretern beider Staaten zu vereinbaren, die zweifellos eine Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen bedeuten könnten und die UNO-Schutzmacht bei ihrer schwierigen Aufgabe, den Frieden auf Zypern zu wahren, unterstützen würden. Weiterhin besteht laut Schlusskommuniqué der NATO-Tagung die Hoffnung auf eine objektive und von beiden Ländern annehmbare Lösung der Zypernfrage kraft des Beschlusses des Sicherheitsrates der UNO.

Tatsächlich war auf der NATO-Tagung die erste direkte Fühlungnahme zwischen dem türkischen Außenminister İssik und seinem griechischen Kollegen Kostopoulos erfolgt. Dabei wurde von türkischer Seite der Vorschlag unterbreitet, dass die Botschafter beider Länder zu regelmäßigen Treffen in einem neutralen Land zusammenkommen sollten, um Möglichkeiten einer Lösung des Zypern-Konflikts zu erörtern. Die Griechen erwiderten, dass der richtige Rahmen für solche Besprechungen die UNO sei, wo sie zwischen den dort akkreditierten Botschaftern beider Länder stattfinden könnten. Damit aber erklärten sich die Türken nicht einverstanden. So wird die Diskussion wahrscheinlich auf normaler diplomatischer Ebene zwischen Athen und Ankara fortgesetzt werden. Der griechische Außenminister gab in einer Pressekonferenz bekannt, dass Kontakte mit der türkischen Regierung aufgenommen worden seien, entsprechend der Vorschläge des UNO-Vermittlers Flazza, der Verhandlungen zwischen allen an Zypern interessierten Ländern wünscht. Kostopoulos betonte, daß man weiterhin zur Sicherung des Friedens beigetragen habe und einer Lösung des Konflikts nähergekommen sei. Die griechische Regierung unterstrich, dass die Verantwortung in der Zypernfrage direkt in den Händen des Sicherheitsrates der UNO liege, der sich im vergangenen Jahr eingehend mit dem Problem auseinandergesetzt habe, Schutztruppen auf die Insel entsandt und schliesslich einen Vermittler ernannt habe. Auch die zypriotische Regierung vertritt nach wie vor die Ansicht, dass die Vereinten Nationen die einzige legitime Organisation seien, die Zypern, das selbst Mitgliedsland der UNO ist, das Selbstbestimmungsrecht zubilligen könne. Erzbischof Makarios, der vor und während der NATO-Tagung in Athen weilte, äusserte sich befriedigt zu der Haltung der griechischen Regierung.

Ankara hatte in der letzten Zeit seine Position in der Zypernfrage verhärtet und sogar gedroht, alle griechischen Staatsbürger, die in der Türkei leben, des Landes zu verweisen. Selbst gegenüber dem Oberhaupt der orthodoxen Kirche, dem Patriarchen von Konstantinopel, der seinen Sitz schon seit sieben Jahrhunderten in dieser Stadt hat, schränkte man diese Drohungen nicht ein. Die Reaktion bei Bekanntwerden dieses Vorhabens war sowohl bei den verbündeten Ländern, als auch bei allen anderen christlichen Kirchen einheitlich negativ. Die Türkei müsse von einem Abenteuer Abstand nehmen, dessen Rückwirkungen unabsehbare Folgen nach sich gezogen hätten. Stattdessen entschied man sich dann endlich dafür, die Zypernfrage auf diplomatischem Wege zu lösen.